

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Den Wirtschaftsraum Berlin-Brandenburg gemeinsam denken! Und gestalten!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat von Berlin wird aufgefordert, die Kooperation bei der Ansiedlung und Wirtschaftsförderung von Bestandsunternehmen mit Brandenburg zu vertiefen. Dazu soll in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe ein entsprechendes Referat eingerichtet werden, das sich mit der gemeinsamen Ansiedlung von Unternehmen in Berlin und Brandenburg befasst und im Zusammenarbeit mit allen jeweils betroffenen Senatsverwaltungen offene Fragen klärt und administrative Lösungen findet. Ziel ist auch unter anderem die Erarbeitung einer gemeinsamen Ansiedlungsstrategie. Ebenfalls soll der Senat von Berlin beim Land Brandenburg für die Einrichtung eines Spiegelreferates als dauerhaften Ansprechpartner werben.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 1. März 2022 zu berichten.

Begründung:

Die „Gigafactory“ von Tesla wurde nicht nur deshalb in Grünheide angesiedelt, weil dort die geeignete Gewerbefläche liegt und die Brandenburger Landesregierung sich sehr um die Ansiedlung des umtriebigen Unternehmers bemüht hat. Die Standortentscheidung in der gemeinsamen Metropolenregion zeigt auch die Chancen von Berlin-Brandenburg als gemeinsamen Wirtschaftsraum bei der wirtschaftlichen Entwicklung.

Gerade die Nähe zu den technischen Instituten, Forschungseinrichtungen und Universitäten in Berlin, den hier lebenden Studenten und Forschern, den Kreativen und Menschen mit Know-how hat der Elektroautopionier Musk gesucht.

Nicht nur der „Visionär“ Musk denkt Berlin-Brandenburg als einen Wirtschaftsraum – dies tun viele Unternehmen; der Senat von Berlin tut dies dagegen nicht. Es existiert derzeit in der für Wirtschaft zuständigen Verwaltung kein ausgewiesenes Referat, das sich schwerpunktmäßig mit der gemeinsamen Wirtschaftsansiedlung und Wirtschaftsförderung in Berlin-Brandenburg befasst und individuelle Lösungen entwickelt.

Neben der Ansiedlung von Tesla gibt es natürlich noch viele weitere gemeinsame wirtschaftliche Interessen. So plant zum Beispiel das Land Berlin bei der Nachnutzung des Flughafens Tegel in der sogenannten Urban Tech Republic ein Zentrum für urbanen Holzbau zu etablieren, das im Sinne regionalen Wirtschaftens und kurzer Lieferketten seinen Rohstoff vor allem aus den Wäldern Brandenburgs beziehen soll. Hier werden sich Firmen etablieren, die den gemeinsamen Wirtschaftsraum Berlin-Brandenburg nutzen. Ein weiteres Beispiel ist die regionale Energieproduktion. In der Vergangenheit war es der Lausitzer Kohlestrom, der die Berliner erhellt hat. Die Zukunft liegt zweifellos in der ökologischen Energieerzeugung. Diese wird auch von Windrädern oder den Biogasanlagen in Brandenburg produziert. Der grüne Wasserstoff, der Teile des Berliner Energiebedarfs decken wird, wird ebenfalls voraussichtlich eher nicht in Berlin, sondern in Brandenburg produziert werden. Berlin-Brandenburg war, ist und wird immer ein gemeinsamer Energiestandort sein.

Um diese ökonomische Tatsache administrativ zu begleiten, sie zu steuern und im besten Fall mit Impulsen zu fördern, ist die Einrichtung eines damit beauftragten Referates als ständigen Ansprechpartners sinnvoll.

Berlin, 17. Januar 2022

Wegner Gräff
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU